

Die Börsenkurse sind nach dem Lehman-Crash ins Bodenlose gefallen, von einem Umbau des Wirtschaftssystems war die Rede und einer Forcierung „grüner“ Technologien ...

Foto: APA, Reuters



... doch mit dem Anstieg der Börsenkurse schon ein Dreivierteljahr später war davon keine Rede mehr. Milliarden fließen stattdessen wieder in alte Industrien. Foto: Reuters

Umbau des Wirtschaftssystems nur auf dem Papier

Die schwerste Krise seit der Großen Depression in den 1930er-Jahren hätte eine Chance sein können, die Wirtschaft zu ökologisieren. Die Konjunkturpakete gehen jedoch großteils an eine andere Adresse: die alte Industrie.

Günther Strobl

Wien – Zwei Jahre ist es her, dass Lehman Brothers, einst ein hoch angesehenes Investmenthaus mit Sitz in New York, krachen ging. Was folgte, war ein dominoartiges Einknicken tragender Säulen des Wirtschaftssystems, die mit Einsatz von unvorstellbar viel Geld wieder halbwegs in die Senkrechte gebracht wurden.

Trotz der Schwere der Krise sahen verschiedene Forschungs-

institute, Umweltorganisationen und Thinktanks darin auch eine Chance, über die Bekämpfung des konjunkturellen Abschwungs hinaus die Transformation in eine klimaverträgliche Wirtschaft einzuleiten. „Diese Chance wurde vertan“, stellt Dorothea Schäfer, Finanzmarktexpertein beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), im STANDARD-Gespräch nüchtern fest.

Dabei sind die Regierungen mit anderen brennenden Problemen

wie Klimawandel oder Rohstoffverknappung schon länger beschäftigt als mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass bis 2050 weltweit nur noch 750 Mrd. Tonnen CO₂ ausgestoßen werden dürfen, wenn das zwischenzeitlich anerkannte politische Ziel, den Anstieg der globalen mittleren Temperatur auf zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen, mit hoher Wahrscheinlichkeit eingehalten werden soll.

„Kioto und all diese Sachen sind infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Hintergrund gerückt“, konstatiert Stephan Schulmeister vom Wirtschaftsforschungsinstitut in Wien. „Man hätte die Krise zum Anlass nehmen müssen, in einem Aufwasch das zu machen, was wir ohnehin machen müssen in Sachen Klimawandel, nämlich beispielsweise europaweit massiv in die thermische Gebäudesanierung gehen.“

Für Österreich allein würde die Bereitstellung einer Milliarde Euro Sinn machen, sagt der Wirtschaftsforscher. Der Rückfluss an den Staat über zusätzliche Steuereinnahmen wäre enorm, neue (grüne) Arbeitsplätze würden zudem die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitsmarktservice entlasten. „Das stößt aber auf Seiten der Politik noch immer auf Unverständnis und wird deshalb nicht gemacht“, zeigt sich Schulmeister illusionslos.

3000-Milliarden-Geldspritze

Vorschläge gibt es zuhauf, der überwiegende Teil kommt wohl nie von der Papierform weg. Für die Konjunkturpakete der einzelnen Staaten wurden weltweit innerhalb kürzester Zeit enorme Summen mobilisiert. Insgesamt beliefen sich die in den Konjunktur-

paketen für die Jahre 2009 bis 2013 (und teilweise auch deutlich darüber hinaus) zur Verfügung gestellten Mittel auf geschätzt 2800 bis 3000 Milliarden US-Dollar (2150 bis 2300 Mrd. Euro).

Unter Rückgriff auf Konzepte wie das eines „Green New Deal“ beziehungsweise einer „Green Recovery“ wurde von diversen Denkwerkstätten für Konjunkturpakete mit deutlich „grünen“ Anteilen geworben. Darin sollten Investitionen in Klima- und Umweltschutztechnologien Vorrang haben.

Ambitionierter Klimaschutz könne mit der Ankurbelung von Konsum und Beschäftigung in Einklang gebracht werden, wurde argumentiert. Gerade im Bereich der Klimaschutz- und Energietechnologien bestehe kurz- bis mittelfristig ein hohes Potenzial zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zu klimaverträglichem Wachstum.

Schock ist verfliegen

„Man hat große Versprechungen gemacht, von einer neuen Finanzarchitektur war die Rede“, erinnert Ökonom Schulmeister. „Unter Schockwirkung der ersten Monate nach Ausbruch der Krise gab es das Gefühl, da ist etwas Systemisches an der Krise, wir müssen mit den Spielregeln etwas ändern. Kaum gingen die Börsenkurse wieder hinauf, war davon keine Rede mehr.“

Die Höhe der Konjunkturpakete und die Anteile „grüner“ Konjunkturmaßnahmen innerhalb dieser Pakete unterscheiden sich dennoch sehr stark zwischen verschiedenen Ländern. Die Höhe der bereitgestellten Mittel für die einzelnen Konjunkturpakete der Länder liegt zwischen 0,5 und 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), haben Julia Blasch, Renate Schubert und Birgit Soete in einer Studie an der ETH Zürich erhoben. Ein

Vergleich zeigt, dass fast keines der Länder einen echten „Green New Deal“ oder ein Konjunkturpaket im Sinne einer „Green Recovery“ umgesetzt hat. Eine Ausnahme bildet laut Autorenteam Südkorea, dessen Anteil „grüner“ Investitionen am Gesamtpaket mehr als zwei Drittel einnimmt.

Doch auch hier ist Vorsicht angebracht. So wird beispielsweise der als „Revitalisierung von Flüssen“ deklarierte Ausbau von Flussläufen, welcher den größten Einzelposten innerhalb des südkoreanischen Pakets ausmacht, von Umweltschützern stark kritisiert. Das Ausbaggern der Flussbetten und der geplante Bau von Dämmen stellen problematische Eingriffe in das Ökosystem dar.

INHALT

Fairtrade Warum der Markt manchmal unfair ist und was dann getan werden soll, sagt Geschäftsführer Hartwig Kirner. **Interview Seite 26**

Bank ohne Gewinnabsicht Die Freie Gemeinschaftsbank in Basel hält nichts von Zinsen. **Seite 27**

Ök katastrophe Die Folgen der Umweltverschmutzung im Golf von Mexiko für die Jobs in der Region sind kaum abschätzbar. **Seite 28**

Saisonal essen Der Gemüsekonsum steigt auch im Winter. Das verschlechtert die Ökobilanz. **Seite 31**

Tourismus Formen nachhaltigen Urlaubs finden langsam Gehör, sind aber meist noch ein Minderheitenprogramm. **Seite 32**

Energiebilanz Die Elektroindustrie propagiert den Kauf energieeffizienter Geräte. Oft wäre Reparieren besser als ein Neukauf. **Seite 36**

Die BIP-Diät

Das System wäre doch beeindruckend einfach: Der Organismus nimmt Energie über die Nahrung auf. Je mehr Energie zugeführt wird – desto mehr Leistung. Um im Wettbewerb der Leistungsträger bestehen zu können, sollten daher von den energiereichsten Lebensmitteln jeden Monat drei Prozent mehr dem Körper zugeführt werden. Sollte der Organismus einmal kollabieren, gibt's im Spital Infusionen mit hochenergetischen Lösungen, um die Leistungsbereitschaft schnell wieder herzustellen.

Was im Umgang mit dem menschlichen Körper vollkommen absurd klingt, ist bei der herkömmlichen Beurteilung der Volkswirtschaft gang und gäbe. Ziel ist die Steigerung des

Bruttoinlandsproduktes (BIP) um jährlich drei Prozent. Wird aber nicht analysiert, welche Qualität dieses Wachstum hat, sagt diese Zahl im Grunde nichts über die Entwicklung des Wohlstandes im Land aus.

War es ein gesundes, nachhaltiges Wachstum – oder nur das Aufpumpen einer Blase?

Daher werden immer öfter ergänzende Indizes herangezogen: z. B. der Gini-Index über die Einkommens- und

Vermögensverteilung in einem Land. Oder der HPI – der „Happy Planet Index“, eine Maßeinheit für ökologische Effizienz und der Erzeugung von Zufriedenheit. Klingt abgehoben? Vielleicht. Aber wie lebensnah ist das nackte BIP?

Roman David-Freihilf



„Die Essenz dessen, was im Welthandel falschläuft“

Fairtrade-Geschäftsführer **Hartwig Kirner** im Gespräch mit **Roman David-Freihsl** über nachhaltiges Wachstum im fairen Handel. Er fordert politische Reaktionen auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise.

STANDARD: Fairtrade hat in Zeiten der Krise mächtige Gewinne erwirtschaftet. Passt das zusammen?
Kirner: Die Krise, die auch eine tiefgehende Strukturkrise ist, hat die Menschen aufgerüttelt. Sie denken offenbar nach, ob sie nicht auch in ihrem Leben etwas verändern müssen, um die Zukunft besser zu gestalten.

STANDARD: Im Vorjahr ein Plus von zehn Prozent, heuer im ersten Halbjahr plus zwölf Prozent – ist das nachhaltig?
Kirner: Bei der Entwicklung der Kaffeemengen in den letzten 17 Jahren hatten wir fast immer ein Plus im zweistelligen Bereich. Das ist nachhaltig. Vor allem für die Bauern. Da hat sich unheimlich viel getan – insbesondere bei der Professionalisierung.

STANDARD: Musste Fairtrade in der Krise sein System adaptieren?
Kirner: Im Grunde nicht. Was uns allerdings die Finanzkrise gezeigt hat, ist, dass die Bauernorganisationen sehr anfällig auf Kreditkrisen sind. Deshalb gibt es bei Fairtrade eine Initiative für Produzentenorganisationen, Finanzierungsmöglichkeiten etwa über Mikrokreditorganisationen auf die Beine zu stellen.

STANDARD: Fairtrade ist ein Gegenmodell zum gängigen Wirtschaftssystem, arbeitet aber gleichzeitig mit denselben Methoden.
Kirner: „Gegenmodell“ würde ich gar nicht so stehen lassen. Fairtrade bewegt sich ja im Rahmen des klassischen Systems. Es gelten marktwirtschaftliche Spielregeln, aber insofern eingeschränkt, dass die Menschen, die wenig Verhandlungsmacht haben, ein bisschen gestärkt werden. In der Marktwirtschaft ist ja entscheidend, dass der Markt arbeitet und es keine Beschränkungen gibt. Beim Kaffee oder der Schokolade gibt es weltweit nicht so viele Abnehmer, die haben natürlich eine ganz andere Verhandlungsmacht als der Kleinbauer in Nicaragua.

STANDARD: Das heißt, das klassische Wirtschaftssystem könnte sehr wohl nachhaltig funktionieren?
Kirner: Im Bereich der Produktion: ja. Finanzmärkte sind da ein ganz anderes Thema. Das marktwirtschaftliche Modell funktioniert grundsätzlich dort, wo der Markt funktioniert. Problematisch ist es, wenn es im Welthandel wenige, große Nachfrager gibt und eine riesen Anzahl kleiner Anbieter.

STANDARD: Derzeit heißt Marktwirtschaft auch, dass große Wirtschaftsmächte massiv für Liberalisierung eintreten, gleichzeitig aber für ihre Kernprodukte Schranken einziehen.

Kirner: Liberalisierung darf nicht nur in eine Richtung gehen. Nehmen wir das Beispiel Baumwolle, ein Markt, der massiv von Subventionen verzerrt ist. Das ist im Kern zutiefst unfair: Auf der einen Seite zu fordern, arme Länder müssen ihre Zollbarrieren abbauen – und gleichzeitig verzerrt man selbst den Markt.

STANDARD: Die Frage ist auch, ob in ärmeren Ländern die Voraussetzungen für die Marköffnung gegeben sind.
Kirner: Marktzugangsbeschränkungen sind nicht immer schlecht. Gerade für landwirtschaftliche Produkte: Ein Agrarland sollte das Recht haben, seinen Markt abzusichern, damit die eigene Produktion nicht zerstört werden kann. Haiti ist das beste Beispiel: Da gab es viel Reisbau, bis durch hochsubventionierten amerikanischen Reis der heimische Markt zerstört wurde. Als dann die Bauern aufgegeben hatten, sind plötzlich die Preise explodiert, und die Menschen konnten sich den Reis nicht mehr leisten. Freier Welthandel in allen Ehren – aber wenn es um Nahrungsmittelversorgung geht, sollte es Schranken geben.

STANDARD: Das Stichwort Finanzwirtschaft ist schon zweimal gefallen – was wäre da zu tun?
Kirner: Die Finanzwirtschaft, wie sie in den letzten zehn Jahren betrieben wurde, ist die Essenz dessen, was auch beim Welthandel falsch läuft. Das heißt, dass es eine Konzentration einiger weniger gibt, die ohne Rücksicht auf Verluste und vor allem ohne Rücksicht auf die Zukunft wirtschaften. Das ist genau das Gegenteil davon, was nachhaltig ist. Wären die Staaten nicht eingesprungen, gäbe es viele dieser Institutionen jetzt nicht mehr. Das heißt, die hätten leichtfertig ihre Existenz aufs Spiel gesetzt – und unser aller auch. Im Grunde läuft das in allen anderen Wirtschaftsbereichen nicht anders. Da braucht es Regulierungen.

STANDARD: Welche?
Kirner: Das könnten Steueranreize sein. Negative. Oder nehmen wir einmal die Produktionsbedingungen. Dass nach wie vor Menschen in Asien ausgebeutet werden, da scheitert es wirklich nur daran, dass es keinen Willen gibt, das abzuwenden. Wenn ich Patentrechte oder Urheberrechtsverletzungen einklagen will, kann ich das weltweit machen – aber wenn es um Menschenrechtsverletzungen geht, ist das auf einmal nicht möglich. Obwohl Menschenrechte doch eigentlich universeller sein sollten als etwa Patentrechte.

STANDARD: Im Bereich der Sportartikelindustrie haben Proteste schon dazu geführt, dass Konzerne begannen, Standards einzuhalten.
Kirner: Und wer kontrolliert die? Ja, natürlich gibt es Erfolge. Wenn es eine Clean Clothes-Kampagne gibt, ist das wichtig. Die Konzerne werden das spüren, und dann



Kirner mit dem Fairtrade Prime-Product Kaffee. Er prangert Spekulation mit Kakao (unten) an.
Fotos: Hendrich, David

ändert sich einmal etwas. Das sind aber immer nur punktuelle Veränderungen – und alle anderen hoffen, dass es sie nie treffen wird.

STANDARD: Das heißt, es müsste eine internationale Institution geschaffen werden?
Kirner: Es müsste im Rahmen der Uno möglich sein, so etwas institutionell einzuklagen. Genauso, wie man über die WTO rechtlich vorgehen kann, müsste es auch für die Einhaltung der Menschenrechte eine Instanz geben.

STANDARD: Stichwort Biotreibstoff versus Lebensmittelproduktion: Vor rund zwei Jahren hieß es, dass die Verdrängung durch die Biotreibstoffproduktion zu Lebensmittelknappheit und Preissteigerungen geführt habe. Trotzdem rasselten danach wieder die Preise in den Keller.
Kirner: Es gibt einen langfristigen Trend zu mehr Nachfrage bei Lebensmitteln. Der erklärt aber in keinstrenger Weise die Ausschläge, die wir in den letzten drei, vier Jahren gesehen haben. Beispiel Kakao: Da hat jetzt ein Fonds sieben bis acht Prozent der gesamten Weltmarkternte aufgekauft. 240.000 Tonnen Kakao in dessen Lagerhäusern. Das treibt den Preis nach oben – und das ist genau der Punkt, wo die Marktwirtschaft nicht funktioniert. Das ist bitte keine Marktwirtschaft, wenn ein Teilnehmer spekulativ den Markt aufkauft und ihn austrocknet. Derartige Spekulation, bei der einer auf Kosten der Allgemeinheit abschast, zerstört auch Werte. Die ersten ein, zwei Jahre bekommen die Bauern nämlich gar nichts von diesen Spekulationsgewinnen.



STANDARD: Sie haben die Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise kürzlich mit einem Autofahrer verglichen, der auf Eisfahrbahn geradelt.
Kirner: Das ist richtig. Das Ziel müsste sein, den gesamten Weltmarkt darauf umzustellen, dass die Produzenten jedenfalls so viel bekommen, um ein menschenwürdiges Leben leben zu können. Aber das liegt nicht in unserer Hand. Ziel von Fairtrade war es immer, aufzuzeigen, dass es auch anders geht. Und es geht auch anders. Wenn etwa bei Bananen Fairtrade einen Marktanteil in Österreich von 20 Prozent hat und in der Schweiz 50 Prozent – das wird von den großen Playern schon wahrgenommen.

de ins Schleudern kam – und sofort wieder mit Vollgas unterwegs ist.
Kirner: Welche Schritte wurden denn unternommen, um eine derartige Finanzkrise künftig auszuschließen? Da fallen mir nicht viele ein. Nur dass sich viele Staaten massiv verschuldet haben, um die Finanzwirtschaft zu retten und im Gegenzug nichts eingefordert haben. Die Zeche zahlt der Mittelstand, der ohnehin alles zahlt. Und es ist eine Umverteilung von den Ärmsten zu den sehr, sehr Reichen. Mit Zukunftssicherheit hat das nicht sehr viel zu tun.

STANDARD: Verglichen damit ist Fairtrade weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein.
Kirner: In den Produktgruppen, in denen Fairtrade tätig ist, hat es sehr wohl Veränderungen gegeben – und die machen auch einen massiven Impact. Es profitieren inzwischen rund fünf Millionen Menschen vom fairen Handel. Das ist vielleicht kein Aspekt, der die ganze Welt retten wird, aber es ist ein Anfang.

STANDARD: Aber Fairtrade ist ein System, das immer von den Konsumenten abhängig ist. Die Produzenten können nur in dem Maß davon profitieren, wie auch von Endabnehmer gekauft wird.
Kirner: Das ist richtig. Das Ziel müsste sein, den gesamten Weltmarkt darauf umzustellen, dass die Produzenten jedenfalls so viel bekommen, um ein menschenwürdiges Leben leben zu können. Aber das liegt nicht in unserer Hand. Ziel von Fairtrade war es immer, aufzuzeigen, dass es auch anders geht. Und es geht auch anders. Wenn etwa bei Bananen Fairtrade einen Marktanteil in Österreich von 20 Prozent hat und in der Schweiz 50 Prozent – das wird von den großen Playern schon wahrgenommen.

STANDARD: Sie haben früher selbst für große Konzerne gearbeitet – was ist jetzt der signifikanteste Unterschied in dem, was Sie tun?
Kirner: Dass es nicht das Ziel ist, unseren Profit zu maximieren. Unser Organisationsziel ist es, dass andere von unserer Arbeit profitieren. Und ich glaube, dass das auch vielen anderen Unternehmen gut anstehen würde. Natürlich müssen die auch profitabel arbeiten, das ist nichts Verwerfliches. Entscheidend ist aber, ob man Profitstreben über alles andere stellt oder auch ethische Ziele ernst nimmt. Wenn man CSR-Ziele ernst nimmt, müsste man sie auch als Zielvorgaben für das Management setzen und die Prämien danach ausrichten.

STANDARD: Letztlich ist also auch hier die Frage: Wie qualitativ und nachhaltig ist das Wachstum?
Kirner: Genau. Tatsächlich ist es ja so, dass in großen Konzernen meist nur noch in Quartalszielen gedacht wird. Topmanager haben ihre Position oft nur zwei, drei Jahre inne und müssen schau'n, dass sie in dieser Zeit das Maximum heraussschlagen. Da stellt sich nur selten die Frage, was nach diesen drei Jahren ist. Wenn nur noch Gewinnmaximierung und weniger Produktqualität im Vordergrund stehen, kostet einem das natürlich langfristig Geld. Aber kurzfristig, im Quartal, schaut's gut aus.

ZUR PERSON

Hartwig Kirner (41) ist seit 2007 Geschäftsführer von Fairtrade Österreich. Nach dem Studium der Betriebswirtschaft an der Uni Wien (Schwerpunkt Warenhandel und Management) war Kirner von 1995 bis 2006 im Management internationaler Konzerne tätig – bei Procter & Gamble Österreich, Coca-Cola Österreich, Gillette und Hewlett Packard Österreich.



„Das Geld muss in die Welt getragen werden“

Die Freie Gemeinschaftsbank in der Schweiz vergibt Treuhanddarlehen an gemeinnützige Projekte. Das Geld kommt von Genossenschaftern und Sparern, die auf eine Rendite und zum Teil auch auf Zinszahlungen verzichten.

Bettina Pfluger

Wien – Das Wort „Nachhaltigkeit“ ist im Finanzbereich derzeit omnipräsent. Doch während sich einige Institute nur mit einzelnen Produkten rühmen, lebt eine Bank in der Schweiz diesen Ansatz auf ihre eigene Art.

Die Freie Gemeinschaftsbank mit Sitz in Basel wurde 1984 gegründet mit dem Zweck, gemeinnützige Projekte aus Bereichen wie Landwirtschaft, Bildung, Heilpädagogik oder Wirtschaft zu fördern. Die Bank ist genossenschaftlich organisiert; Genossenschafte werden, die Anteile können ab 300 Schweizer Franken (rund 230 Euro) gezeichnet werden, eine Zins- oder Renditezahlung auf das gezeichnete Kapital gibt es allerdings nicht. „Das entspricht nicht unserem Konzept“, sagt Bankchef Markus Jermann dem STANDARD. Denn: „Das Denken, dass man etwas dafür bekommt, muss umgestellt werden.“

Freiwilliger Verzicht

Das Modell der Freien Gemeinschaftsbank gründet nämlich auf dem freiwilligen Verzicht aller Beteiligten. Für die Mitarbeiter heißt das, dass sie auf finanzmarktübliche Konditionen verzichten – es gibt keine Vergütungsprogramme oder Bonus-Zahlungen. Das Gehalt liegt 20 bis 30 Prozent unter dem Schnitt der Branche, „ist aber noch immer ein anständiger Lohn“, erklärt Jermann.

Die Kunden – neben der Kreditvergabe betreibt die Bank das klassische Einlagengeschäft – können zwischen den Varianten Nullzins und marktüblichen Konditionen wählen. Von den rund 6000 Kunden haben sich laut Jermann etwa zehn Prozent für die Nullzins-Variante entschieden. „Unsere Kunden wollen, dass ihr Geld auf eine gute Art in der Welt wirkt“, fasst Jermann zusammen. Die Menschen für dieses Banksystem zu motivieren gehe nur langsam. Die Finanzkrise habe aber ein Umdenken eingeleitet. „Wir setzen auf die Veränderung im Menschen“, untermauert der Bank-Chef die Ideologie des Instituts.

Freiheit der Bank

Rund 2000 Menschen sind dieser Idee als Genossenschafte bisher gefolgt – sie stellen das Grundkapital der Bank oder „ermöglichen die Freiheit der Bank“, wie Jermann es ausdrückt. Gepflogen wird ein „anderer Umgang mit Geld“, den der Bank-Chef so erklärt: „Mit einem Anteil an der Bank übernimmt man Verantwortung, es geht dabei nicht um Gewinnmaximierung.“ Im Prinzip würde derselbe Gedanke verfolgt wie einst bei Aktien. „Früher hat man mit Aktien einen Anteil an einem Unternehmen übernommen und die Idee des Anteilseigners gelebt.“ Heute gehe es oft nur noch um schnelle Gewinne. Jermann: „Dieser Ansatz ist schlecht für die Wirtschaft und die Gesellschaft.“

Die Genossenschaftsanteile kauft die Bank nicht zurück. Sollte ein Inhaber aussteigen wollen, muss er die Scheine privat weiterverkaufen. Jermann: „Die Anteile werden oft in der Familie weitergegeben oder für Enkel gekauft.“

Die Mittel des Instituts werden allerdings nicht in der Bank gebunkert, „das Geld muss in die Welt getragen werden“, sagt Jermann. Die Kredite werden von der Bank aber nicht leichtfertig vergeben. Alle Projekte würden genau geprüft. Ein Rating gibt es bei der Kreditvergabe nicht, „weil der soziale Gedanke wichtiger ist“. Um sicherzustellen, dass das Kapital auch so wirkt wie gewollt, wird jeder Kunde einen Tag lang

von zwei Bankmitarbeitern besucht. „Es ist wichtig zu erkennen, wie Menschen mit Dingen oder

Lebewesen umgehen“, erklärt Jermann. Der Kunde soll „originärer“ werden. Die Kreditprojekte werden auf der Homepage der Bank veröffentlicht, „damit hebt der Kunde mit uns zusammen sogar das Bankgeheimnis auf und sorgt auch für eine hohe Transparenz für die Einlegekunden“.

Sonderkonditionen gelten für die Gemeinschaftsbank nicht. Sie muss ebenfalls alle Bank-Richtlinien und Liquiditätsvorschriften – Stichwort Basel III – erfüllen. Das Geschäftsmodell scheint aufzugehen. Ende 2009 verfügte die Bank über Eigenmittel von 17,7 Mio. Schweizer Franken und verwaltete in Summe 252,5 Mio. Franken. Die Treuhanddarlehen beliefen sich auf 52,9 Mio. Franken.

Details zur Freien Gemeinschaftsbank im Internet: www.gemeinschaftsbank.ch



Ein Finanzinstitut der etwas anderen Art, eine etwas andere Kuh: Die freie Gemeinschaftsbank unterstützt viele Projekte in der Landwirtschaft. Foto: dpa

Damit alle vorne dabei sind

Orange Kunden bekommen jetzt ein Smartphone



Für alle, die schon 1 Jahr bei uns sind und ihren Vertrag verlängern. Jetzt in allen Orange Shops

orange.at/vorne-dabei

Zusammen sind wir mehr

orange™

Angebot gültig bei 24-monatiger Vertragsverlängerung und solange der Vorrat reicht



Die Ölpest im Golf von Mexiko hat für viel Arbeit an der Küste von Louisiana im Süden der USA gesorgt, die Tourismuswirtschaft hingegen darbt.
Fotos: AP, Reuters (2)

Für Fischer und Hoteliers beginnt Katastrophe erst

Leere Netze, verwaiste Strände und Ungewissheit, was die Zukunft bringt: Der Ölaustritt im Golf von Mexiko ist zwar gestoppt, die Langzeitfolgen für Fischerei und Tourismus im betroffenen Gebiet sind aber noch völlig unklar.

Frank Herrmann aus Washington

Neulich im Weißen Haus. Die Footballstars der New Orleans Saints, Überraschungssieger des diesjährigen Superbowl-Finales, lassen sich nachträglich von Präsident Barack Obama feiern. Drei zusammengeschobene Tische reichen gerade, um den Clou des Tages zu präsentieren, einen zehn Meter langen Austern-Krabben-Po'boy. Eine Delikatesserie vom Mississippi, die Meeresfrüchte garniert und dekorativ zwischen Sandwichhälften gepackt.

Ein Rekordversuch fürs Guinness-Buch war es nicht. Vielmehr wollte der Marketing-Verband der Fischereiindustrie Louisiana die Werbetrommel rühren. Der Hausherr belohnte es durch schöne Worte vom Neubeginn. Für Obama geht der Blick nur noch nach

vorn, für ihn ist die schlimmste Ölpest der US-Geschichte so gut wie abgehakt. Für Dean Blanchard fängt alles erst an.

Seiner Regierung glaubt er nichts mehr, dem Ölkonzern BP auch nicht, seit am 20. April die Bohrinself Deepwater Horizon explodiert ist. Blanchard ist so etwas wie der Garnelenkönig des Küstenstädtchens Grand Isle.

Bei ihm liefern die Fischer im südlichsten Zipfel Louisianas ihre Ware ab. Er braucht keine Statistiken, ihm genügt der Augenschein: „Meine Leute fangen höchstens ein Zehntel dessen, was sie sonst im September fangen.“

Seit die Ozeanbehörde NOAA im August eine überraschend optimistische Zwischenbilanz zog, liest der Händler ihre Tabellen nicht mehr. Laut NOAA bedroht nur noch ein Viertel des ausgelau-

fenen Öls das Meer und die Küsten. Ein Fünftel wurde abgesaugt, verbrannt oder durch versprühte Chemikalien zersetzt, gut die Hälfte durch Verdunstung oder Mikroben. Blanchard kommentiert es mit Galgenhumor, am Telefon hört man die Spottlust in seiner Stimme. „Na, irgendwann werden die Bakterien an Land kommen und uns alle fressen.“

Sein stickiges Containerbüro liegt am Ufer der seichten, schilfgesäumten Barataria Bay. Deren Krabbengründe sind teils gesperrt, teils üben sich die Leute in freiwilligem Verzicht. In guten Zeiten konnten 14.000 Fischer und ihre Familien vom Garnelenfang leben, in zwölf Monaten 1,4 Milliarden Dollar Umsatz machen. Mit solchen Zahlen rechnet so schnell keiner mehr.

Bei ersten Tests mit Krabben und Tunfisch aus dem Golf haben Laboranten zwar keine Ölspuren entdeckt, die Branche bleibt dennoch skeptisch. Sie hält es mit Acy Cooper, einem Krabbenfischer aus Venice, der vor einem Kongressausschuss Tacheles redete. Cooper hatte teerige Klumpen auf dem Meeresgrund entdeckt und die

Küstenwache alarmiert. „Die sagten mir, nein, das ist kein Öl. Es dauerte drei Tage, bis mir jemand zugehört hat.“

Was Blanchard am meisten nervt, ist die quälende Ungewissheit: „Was, wenn Leute krank werden, nachdem sie Garnelen gegessen haben?“ Er weiß zu wenig, vor allem über die Dispersionsmittel, die BP versprüht hat, um den Ölteppich aufzuspalten. Was die bewirken, könne niemand zuverlässig sagen. Die Regierung müsse Garantien geben, um seine Branche im Klagsfall zu schützen.“ Blanchard: „Das tut sie nicht. Damit bleibt es allein unser Risiko.“

Ärzte besorgt wegen Psyche

Auch ausgewiesene Fachleute zweifeln an den rosaroten Szenarien aus Washington. Fast vier Fünftel der 4,1 Mio. Fass (je 159 Liter), die nach offiziellen Schätzungen aus der Macondo-Quelle austraten, sind noch im Wasser, glaubt Samantha Joye, Meeresbiologin der Universität Georgia.

Es sind nicht so sehr die schockierenden Bilder ölverkrusteter brauner Pelikane, die bei den Forschern Alarm auslösen. Bisher

wurden rund 7000 Vögel mit verschmiertem Gefieder geborgen, tote und lebende. 1989, als der Tanker Exxon Valdez vor der Küste Alaskas auf Grund lief, verendete mindestens eine Viertelmillion. Im Vergleich dazu ging es im deutlich wärmeren Golf glimpflich ab. Am elf Kilometer langen Strand von Grand Isle haben Schaufelkommandos die Teerbrocken weggekratzt. Die ablaufende Badesaison ist als Totalpleite verbucht, doch für den nächsten Sommer, verkündet Bürgermeister David Carmadelle, sei man bereit – „zu hundert Prozent“. Das eigentliche Problem, betont MacDonald, sei unsichtbar. Der Langzeit-

effekt. Ärzte machen sich Sorgen, wie die Küstenbewohner die seelischen Strapazen verkraften. Unsichere Aussichten führen zu Angst. Howard Osofsky, Psychologe an der Louisiana State University, spricht von einem zweiten Schlag nach dem ersten, kaum verdaulich. Die meisten Fischer, weiß er, lassen sich nicht behandeln. Es gehe gegen ihr Selbstverständnis: Harte Kerle brauchen keine Seelenmassage.

Die Verrechnung der Welt

Die britische Firma Trucost versucht, Umweltschäden in Geld umzurechnen

London – Simon Thomas will es schon seit Jahren gewusst haben: „Anleger, die auf uns gehört haben, sind von BPs massiven Verlusten nach der Ölpest nun weniger getroffen“, schreibt er in seinem Blog. Seine Firma Trucost empfahl Investoren seit Jahren, den Konzern in ihren Portfolios unter zu bewerten. Nicht weil die Gewinne nicht stimmten, sondern weil er 16 Prozent mehr CO₂-Ausstoß als der durchschnittliche Ölkonzern.

Trucost versucht, Umweltschäden umzurechnen in ein Maß, das Manager verstehen: in Geld. Im Juli erregte die Firma Aufsehen mit einem Report, die sie für die Uno angefertigt hatten: Demnach verursachen die 300 größten Firmen jährlich einen Umweltschaden in Höhe von 2,2 bis 4,5 Billionen US Dollar – mehr als das dreifache der österreichischen Wirtschaftsleistung.

Doch Trucosts Kunden sind meist nicht Umweltschutzorganisationen, die böse Konzerne anprangern wollen, sondern Investmentmanager, Pensionsfonds oder große Unternehmen. Die Formel eins etwas beriet die Firma darin, wie sie

ihren CO₂-Ausstoß verringern kann; dem London Pension Fund errechnete sie seinen ökologischen Fußabdruck; und für Newsweek erstellt sie ein Ranking der grünen Konzerne, das im Oktober erscheinen wird.

Trucost und seine Kunden sind überzeugt, dass sie mit Umweltschutz Geld sparen können. Insekten, die Pflanzen bestäuben, bringen der Landwirtschaft etwa 190 Milliarden Dollar pro Jahr – würden manche von ihnen aussterben oder weniger werden, kann das ein Unternehmen ein Vermögen kosten.

Als der chinesische Holzmarkt nach Jahren der rücksichtslosen Rodung zusammenbrach und die Holzpreise massiv stiegen, war das für Firmen, die von billigem Holz abhängig waren, ruinös. Hätten sie früher erkannt, dass ihre Zulieferer nicht nachhaltig arbeiten, hätten sie den Schaden verhindern können.

Simon Thomas, Trucost warnte vor dem CO₂-Ausstoß von BP.
Foto: Trucost



Um solche Risiken zu erkennen, sammelt Trucost seit zehn Jahren Daten: In welchen Branchen sind Firmen aktiv? Wie viel CO₂ produzieren sie, wie viel Wasser verbrauchen sie? Wer sind ihre Zulieferer? Und von welchem Rohstoff und welchem Ökosystem sind sie abhängig? Der Erfolg gibt der Firma recht, die Schar der Kunden wird beständig größer. Doch es gibt auch Zweifler.

„Was ist der Preis der Tonne CO₂, die, wenn sie verbrannt wird, das Klima für immer verändert?“, fragt Andrew Sims, Direktor der britischen New Economics Foundation, im Guardian. Weil viele Klima- oder Umweltschäden ganz plötzlich, ab einem bestimmten Punkt nicht wieder gutzumachen seien, könne für sie kein Preis gefunden werden.

„Es gibt keine objektiv richtige Kostenschätzung“, schreibt auch das deutsche Umweltbundesamt in seiner Studie „Ökonomische Bewertung von Umweltschäden“ – zu unsicher sei etwa der Leitziensatz in 20 Jahren.

Eine Berechnung sei trotzdem möglich, die Grundannahmen müssten jedoch offengelegt werden. (tob)

„Nachhaltig wachsen kann nur Zufriedenheit“

Der ökologische Fußabdruck, den die Menschheit hinterlässt, ist für diesen Planeten längst zu groß. Wolfgang Pekny von der „Plattform Footprint“ will daher nicht Wachstum, sondern „weniger“ vermarkten.

Roman David-Freihsl

Wien – „Was nachhaltig wachsen kann, ist die Zufriedenheit der Menschen“, ist Wolfgang Pekny von der „Plattform Footprint“ überzeugt. Und der Experte in Sachen ökologischer Fußabdruck betont: „Ressourcendurchsatz und Energieverbrauch können nicht nachhaltig wachsen.“

Vor allem angesichts der aktuellen Footprint-Berechnungen: „Derzeit haben wir weltweit einen Ressourcenverbrauch, dass wir dafür 1,4 Planeten bräuchten. Der World-Overshoot-Day war heuer am 22. August“, ergänzt Pekny. Zu diesem Zeitpunkt waren sämtliche Ressourcen, die auf dem Planeten Erde nachhaltig zur Verfügung stehen, verbraucht – den Rest des Jahres lebe die Menschheit auf Pump von der Zukunft.

Und das im krassen Ungleichgewicht zwischen Industriegesellschaft und Dritter Welt, zwischen Arm und Reich. Pekny: „Derzeit verfügt ein Promille der Menschheit über 90 Prozent des Geldvermögens. Tendenz steigend, allein durch das Prinzip Zins und Zinsseszins. Wir nehmen Raum für die armen Teufel weg, dass die eine Chance auf Entwicklung haben.“

Für Pekny ist daher „klar, dass die Reichen etwas abgeben müssen“ – zum Beispiel durch „Entkoppelung“. Im Privatbereich könne dies heißen: „Eating down the Food-Chain“ – indem man mehr Getreide statt Fleisch isst.

Und im Wirtschaftsleben brauche es „Unternehmergeist und Innovation – aber nicht um abzucashen. Das Ziel müsste lauten: Wie leiste ich einen Beitrag zur Mehrung des Gemeingutes?“

Pekny ist kein Sack- und Asche-Prediger. „Wir werden auch in Zukunft wirtschaften und müssen nach vorn – es gibt nicht genug Höhlen für acht Milliarden Menschen.“ Die Herausforderung für die Westliche Welt werde daher lauten: „Wie vermarkte ich ‚weniger‘? Alternative Gesellschafts- und Lebensziele, die mehr Wohlbefinden erzeugen müssen attraktiv werden. Mit Mieselsucht kann ich keinen begeistern.“

Gleichzeitig müssten seiner Meinung nach auch entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Analog zum derzeitigen CO₂-Zertifikatehandel schlägt Pekny etwa die Ausgabe von persönlichen „Footprint-Zertifika-

ten“ auf Kreditkarten vor: „Wenn jemand seine Footprint-Einheiten verbraucht hat und nach London fliegen will, müsste er sie sich halt von anderen kaufen.“

Gleichzeitig müsse Nachhaltigkeit auch noch umfassender gedacht werden: „Wenn ein ‚Öko-Supermarkt‘ mit effizienter Technik errichtet wird, ist das wichtig. Aber dazu einen riesigen Parkplatz, um das Einzugsgebiet zu maximieren? Und im Grunde müsste man dann auch über der Fleisch-Budel ein riesiges Hinweisschild anbringen, wie Ressourcen-intensiv die Fleischproduktion ist.“

Wobei man nicht gleich Veganer werden müsse: „Wenn man den täglichen Fleischkonsum auf einmal pro Woche reduziert, ist das ein Riesenschritt.“ Mit einem kleinen Fußabdruck.



Mehr zum Thema ökologischer Fußabdruck: www.footprint.at



Menschliche Spuren – mit Folgen. Foto: Reuters

Biomasse-Röstung soll Kohle ersetzen

Befeuerung von Kraftwerken möglich

Wien – Kohlekraftwerke sind selbst in Europa, das beim Einsatz erneuerbarer Energien führend ist, für die Stromversorgung unverzichtbar. Das bei der Kohle-Verbrennung entweichende CO₂ bereitet aber immer größeres Kopfzerbrechen. Einerseits gibt es Versuche, die Umwelt durch Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid zu entlasten (Carbon Dioxide Capture and Storage; CCS), andererseits wird an Brennstoffen mit neutraler CO₂-Bilanz geforscht, die als Kohleersatz verwendet werden könnten.

Dazu gehört Biomasse. Sie kann durch ein spezielles Verfahren in einen kohleähnlichen Zustand verdichtet werden. Mit einer neuen Technologie will das auf den Handel mit Biomasse spezialisierte österreichische Unternehmen EBES (European Bio Energy Services) den Takt vorgeben.

„Kraftwerksbetreiber stehen Schlange und fragen, wann wir so weit sind“, sagte EBES-Chef Michael Wild dem STANDARD. Mit den Anlagenbauern Andritz und Polytex sowie wissenschaftlicher Unterstützung durch die TU Wien wurde ein Verfahren entwickelt (Accelerated Carbonisation Biomass; ACB), das nun auf Herz und Nieren getestet wird. Die in Bau befindliche Pilotanlage im steirischen Frohnleiten soll zum Jahreswechsel in Betrieb gehen.

Die thermische Behandlung (Torrefizierung) der Biomasse ist vergleichbar mit dem Röstvorgang bei Kaffee, wo die Bohnen geschmacklich auf ein Niveau gebracht werden. Die Biomasse verschiedener Herkunft wird bei 260 bis 320 Grad geröstet. Dabei entstehendes Gas wird für den Betrieb der Anlage genützt. Vorteil der so behandelten Biomasse gegenüber normalen festen Biobrennstoffen: hoher Heizwert und Energiedichte, verbesserte Mahlbarkeit auch von faserigen Pflanzen und billigere Logistik.

Wild sucht nun Investoren, um das Projekt in großem Stil auszurollen. Er hat ein Produktions-Franchise-Modell entwickelt. EBES würde als Abnehmer des Produkts auftreten und die großvolumige Versorgung von Kraftwerken mittels Bündelung der produzierten Mengen sicherstellen. (stro)

Pellets-Erzeugung in großindustriellem Stil

Suzano baut in Brasilien Riesenswerk

São Paulo / Wien – Kleinstrukturiert wie die Wirtschaft insgesamt ist auch der Pelletsmarkt in Österreich. Die meisten Werke haben eine Produktionskapazität von 20.000 bis 100.000 Tonnen pro Jahr. Da nimmt sich eine Anlage wie die von Vyborskaya Cellulose, die an der russisch-finnischen Grenze entsteht, beinahe außerirdisch aus: 2011, wenn die Produktion voll anläuft, sollen 900.000 Tonnen Pellets pro Jahr ab Werk verkauft werden. Und schon gibt es Pläne für noch größere Anlagen.

Suzano, ein wie Vyborskaya auf die Herstellung von Papier und Zellstoff spezialisiertes Unternehmen mit Sitz in São Paulo, Brasilien, will drei Millionen Tonnen Pellets produzieren – nicht in einer Anlage, sondern verteilt auf drei. Die Suzano Papele Cellulose S.A. hat im Sommer angekündigt, rund 800 Millionen US-Dollar (630 Mio. Euro) in das Projekt zu stecken. Darin inkludiert ist der Erwerb von Landflächen zum Aufbau von Energieholzplantagen.

Rohstoffautark durch eigene Plantage

Das unterscheidet Suzano von Vyborskaya. Die Russen wollen den Rohstoff für die Pellets – ganze Baumstämme – extern in Russland sowie Weißrussland zukaufen und mittels Bahn anliefern lassen.

Suzano hingegen hat vor, zeitlich abgestuft auf einer Fläche von 20 mal 20 Kilometern Eukalyptusbäume zu pflanzen, die spätestens nach drei Jahren geerntet werden können. Damit will man ein rohstoffliches Perpetuum mobile schaffen – Biomasse, die niemals ausgeht. Die drei Werke mit einer Kapazität von jeweils einer Million Tonnen pro Jahr sollen im Nordosten Brasiliens errichtet werden. Der Produktionsstart ist für spätestens 2014 geplant.

Darüber hinaus gibt es Pläne, zwischen 2018 und 2019 zwei zusätzliche Werke zu errichten, allerdings nur, wenn die Nachfrage nach Pellets so rasant steigt wie erwartet. Dafür würde man zusätzlich 480 Millionen Dollar investieren. Verkaufen will Suzano die Pellets auch an Kraftwerkskunden in Europa. (stro)

Mehr als



LESERFRAGE:

„Kann es überhaupt nachhaltiges Wachstum geben? Wachstum benötigt doch stets Ressourcen. Und da wir einen Planeten mit begrenzten Ressourcen haben, ist irgendwann eine natürliche Sättigung erreicht.“ „Agaper“ und drei weitere User
Kritische Experten wie Wolfgang Pekny (Seite 29) oder Colin Campbell (Seite 31) sagen: Nein. Es gibt aber auch andere Ansätze. Großbritannien schlug etwa bei der „Beyond GPD“-Konferenz 2007 ein Wachstum nach dem Motto „strong, green and fair growth“ vor. Beim World Economic Forum 2009 in Davos forderte etwa der Schweizer Bundespräsident Hans-Rudolf Merz: „Wachstum muss durch Qualität, Nachhaltigkeit und Werte unterlegt sein.“ Diskutiert wird auch ein „qualitatives Wachstum“, das an einem „Zuwachs an Lebensqualität“ gemessen werden solle. Siehe auch das im Mandelbaum-Verlag erschienene Buch *Welches Wachstum ist nachhaltig?* (frei)

Mehr Leserfragen und Diskussionen zum Thema: derStandard.at/Oekostandard

Der Winterparadeiser als Energiefresser

Handel und Gesundheitspolitiker freuen sich über den Zuwachs beim Gemüsekonsum – der ist aber nur auf das Angebot von Fruchtgemüsen im Winter zurückzuführen. Ökologisch ist das nicht das Gelbe von der Eierfrucht.

Roman David-Freihl

Wien – „In den vergangenen 20 Jahren ist der Pro-Kopf-Verbrauch von Gemüse von 90 auf 110 Kilo gestiegen“, weiß Christian Jochum, Leiter des Referats Agrarvermarktung in der Landwirtschaftskammer. Klingt gesund – ist es aber nicht, was die Ökobilanz betrifft. Denn: „Diese Zuwächse sind auf den Konsum von Fruchtgemüse im Winter zurückzuführen.“ Paradeiser, Gurken und Paprika werden das ganze Jahr angeboten – also werden sie auch gekauft.

Die Ökobilanz von nichtsaisonalen Gemüse schaut allerdings entsprechend schlechter aus. Werden etwa heimische Erdbeeren im Juni gekauft, wurden für ihre Produktion im Durchschnitt 0,2 Liter Öl verbraucht. Werden die Erdbeeren hingegen schon im März aus Israel importiert, wurden dafür rund 4,9 Liter Öl verblasen, bis sie auf unserem Tisch landen. Oder: Eine heimische Freilandgurke im Juni – 0,1 Liter Öl. Eine belgische Glashausgurke im Februar – 1,1 Liter Öl.



Was allerdings nicht heißt, dass heimisches Gemüse automatisch auch quasi Natur pur auf heimischer Erde wächst: „Die einzige namhafte größere Gemüseproduktion in Österreich findet in Wien und Umgebung statt“, erläutert Jochum – und hier wird meist in „Holland-Glashäusern“ produziert. Also hohe Gewächshäuser mit automatischen Fensteröffnern und einem Heizungssystem in Pflanzennähe. Hier kann rund zehn Monate im Jahr geerntet werden – da die Pflanzen auf Steinwollwürfeln wachsen und das

flüssige Nährstoffsubstrat computergesteuert zugeführt wird.

Aber auch hier fällt die Energiebilanz bei saisonalem Konsum deutlich besser aus – weil die Glashäuser im Sommer nicht beheizt werden müssen.

Das Wissen, wann welches Obst oder Gemüse Saison hat, ist allerdings auch bereits weitgehend verlorengegangen. So ergab etwa eine aktuelle Umfrage des WWF in der Schweiz, dass nur noch 28 Prozent der Befragten angeben konnten, wann Tomaten in der Schweiz ohne beheizte Treibhäuser wachsen. Besonders schlecht schnitten die Männer ab – und: Je jünger die Befragten waren, desto weniger wussten sie, wann welche Frucht reift.

Dabei gilt im Durchschnitt: Wer saisonales Obst und Gemüse be-



Die Österreicher essen mehr Fruchtgemüse – im Winter. Und das verschlechtert die Ökobilanz.

Foto: Heribert Corn

zugreift, verbraucht pro Kilogramm neunmal weniger Erdöl als jemand, der im Winter frisches Gemüse aus dem Treibhaus kauft.

Das heißt allerdings auch, dass man im Winter wieder verstärkt zum klassischen Lagergemüse

greifen müsste. Vom Kraut über die Roten Rüben bis zur Schwarzwurzel.

Mehr Informationen zum Thema wie etwa ein Saisonkalender: www.bewusstkaufen.at



Holztherapie gegen Kreislaufprobleme

Holztrümmerln, auf Neudeutsch Pellets, sollen Heizöl aus Haus und Wohnung verdrängen. Damit ließe sich die Klimabilanz erheblich verbessern, sagen Experten. Wie lange die Ressourcen reichen, bleibt aber umstritten.

Günther Strobl aus Stuttgart

Um ihre Unterkünfte wärmezukriegen, haben schon die Altvorderen Holz gesammelt. Auch die Großelterngeneration hat zum Teil noch mit Holz geheizt, wenigstens am Land. Ein billigerer Brennstoff stand nicht zur Verfügung. Jetzt ist es wieder so weit: Klimawandel und Diskussion um die Endlichkeit fossiler Energien wie Öl und Gas haben zu einer Renaissance von Holz als Brennstoff geführt.

Mit Omas händisch befeuerten Holzöfen haben die Geräte der neuen Generation aber nichts mehr gemein; und der Brennstoff, der verwendet wird, sieht mehr nach Tiernahrung aus als nach Holz. Pellets heißen die Zauberinge, die helfen sollen, die Klimabilanz zu verbessern, die Abhängigkeit von Öl-Importen zu verringern und so ganz nebenbei Bauern, die über eigenen Waldbesitz verfügen, ein Zusatzinkommen zu beschermen.

„Moderne Pelletöfen sind praktisch, bedienungsfreundlich und amortisieren sich nach wenigen Jahren.“ Christian Rakos, Geschäftsführer des Interessenverbands Pro Pellets Austria, rechnet vor: 3000 Liter Heizöl à 80 Cent kosteten 2400 Euro. Die vergleich-

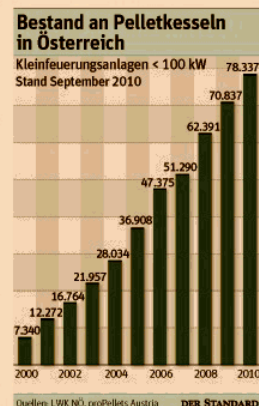
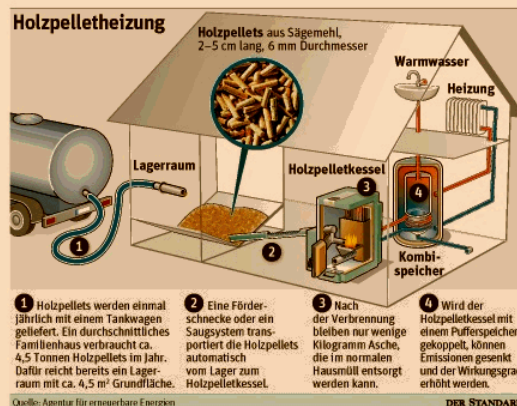


bare Menge Pellets – sechs Tonnen à 205 Euro – 1230 Euro. Dazu kämen noch die Kosten für die Heizung – bei Pellets rund 17.000 Euro, bei Heizöl 8000 bis 10.000. „Steigende Ölpreise sind unsere besten Verbündeten“, sagte Rakos am Rande eines Branchentreffs in Stuttgart dem STANDARD.

2009 wurden österreichweit 8446 Pelletkessel verkauft (siehe Grafik). Rekordverkäufe gab es 2008. Die Wirtschaft befand sich gerade am Höhepunkt des Booms, der Ölpreis sprang auf knapp 150 Dollar je Fass (117 Euro à 159 Liter). Die Branche kam mit Liefern kaum nach – 11.100 Pelletkessel wurden neu installiert.

Im vorigen Winterheizten rund 71.000 Haushalte und Betriebe mit Holzpresslingen. Ende nächsten Winters werden es mehr als 80.000 sein.

Verglichen mit der Dichte an Heizölkesseln – rund 900.000 in Österreich – ist das wenig. Aber der Trend ist eindeutig und zeigt Heizöl in der Defensive. Wurden bis 2004 noch jährlich rund 30.000 alte Heizölkessel gegen neue getauscht, ist die Zahl inzwischen auf etwa 5000 gesunken – trotz Prämie von 2000 Euro, mit der die Heizölbranche den Niedergang zu bremsen versucht.



Österreich ist inzwischen nach Schweden weltweit die Nummer zwei, was das Verheizen von Pellets pro Kopf der Bevölkerung betrifft. Nun steigen aber die Zweifel hinsichtlich der Verfügbarkeit von Biomasse, sollte Heizen mit Pellets ein Massenphänomen in Europa werden.

Richard Sikkema von der Universität Utrecht zeichnete in Stuttgart ein Szenario und lieferte Zahlen. Demnach liegt der Pelletsverbrauch in den Ländern der EU-27 derzeit bei 9,2 Millionen Tonnen, produziert werden nur 8,7 Mio. Tonnen. 500.000 Tonnen werden importiert. Bis 2020 könnte die Holz Nachfrage auf 125 Mio. Tonnen steigen, was nach Berechnun-

gen von Sikkema einen Importbedarf von 14 Mio. Tonnen aus Ländern außerhalb der EU-27 mit sich brächte. Schnell wachsende Energiehölzer könnten diese Rechnung allerdings über den Haufen werfen und mögliche Preissprünge bei Pellets, die sich aus dem Nachfrageüberhang ergeben, mildern, heißt es von anderer Seite.

Ein interessantes Phänomen lässt sich schon jetzt beobachten: die Papier- und Zellstoffindustrie, die bis vor kurzem noch Zeter und Mordio geschrien hat, weil Pelletsproduzenten ihr die Rohstoffbasis streitig machten, steigen nun selbst in die Herstellung zigarettensammelgroßer Presslinge ein (siehe Bericht unten rechts).

In Österreich wurde im Vorjahr mit 725.000 Tonnen ein Rekordwert in der Pellets-Produktion erreicht. Heuer sind neue Werke dazugekommen, etwa eine 90.000 Tonnen Anlage in Oberweis bei Gmunden in Oberösterreich. Die meisten der insgesamt 27 Pelletswerke stehen in Tirol und Kärnten. Diese nützen die Lage für Exporte vor allem nach Norditalien.

Und Feinstaub? „Pro Kessel fällt jährlich rund ein Kilo an; pro Jahr sind es zwei Handvoll Asche, die in die Luft entweichen“, sagte Pro Pellets-Chef Rakos. Würden alte Holzheizungen gegen Pelletsofen getauscht, ließen sich auf einen Schlag rund 95 Prozent der Emissionen vermeiden.



3 FRAGEN AN:

Colin Campbell
britischer Geologe und
Ölforscher (Oil-Peak)

Alternativen zum Energiesparen?

Gibt es nicht. Das weltweite Fördermaximum bei konventionellem Öl wurde 2005 erreicht. Rechnet man Ölschiefer und dergleichen dazu, haben wir den Peak 2008 gesehen. Weniger Energie verbrauchen, sparsamer Umgang, nichts verschwenden – das ist das Gebot der Stunde. Betritt man ein Hotel, öffnet sich die Tür automatisch. Das ist lächerlich.

Können erneuerbare Energien Rohöl kurzfristig ersetzen?

Nein. Erneuerbare Energien werden bitter benötigt, das ja. Sie sind aber meist teuer und haben einen niedrigen Nettoenergiegehalt, das heißt, man muss relativ viel Energie aufwenden, um vergleichsweise wenig Energie zu bekommen. Damit kann selbst auf längere Sicht nicht substituiert werden, was an konventionellen Kohlenwasserstoffen verlorengeht.

Was heißt das für die weitere Entwicklung der Wirtschaft?

Dass nachhaltiges Wachstum nicht möglich sein wird. Wir stehen vor einem historischen Wendepunkt; die Lebensweise, die wir gewohnt sind, geht zu Ende. Wir sollten das erkennen und unseren Lebensstil raschestmöglich ändern. Es gilt mit dem auszukommen, was uns die Natur gibt. (stro) Foto: Wikipedia

Wirtschaftswachstum mit „Grünen Jobs“

Wie Oberösterreich in der Öko-Branche 50.000 neue Arbeitsplätze schaffen will

Roman David-Freihsl

Linz – „Da wird über Vermögenssteuer diskutiert, ein bisschen über Ökosteuer und über Sparpakete – aber niemand redet darüber, dass ein Zehntel mehr Wirtschaftswachstum neun bis zehn Millionen Euro Mehreinnahmen bringt“, argumentiert der oberösterreichische Umweltlandesrat Rudi Anschöber (Grüne). „Man muss konjunkturmäßig etwas tun – entscheidend ist, welches Wachstum man im Auge hat.“

„50.000 neue Öko-Jobs“ – mit diesem Slogan war Anschöber in die oberösterreichische Landtagswahl im September 2009 gezogen. Rund ein Jahr nach seiner Bestätigung als Umweltlandesrat hält er das Ziel weiter aufrecht. Ende des Jahres soll das Detailkonzept vorgelegt werden – im Gespräch mit dem ÖKOSTANDARD skizziert er bereits dessen Grundzüge.

Im Zentrum steht vorerst die Frage, welche Jobs in die Berechnungen einfließen. „Unsere erste Definition lautete: Energie, Energieeffizienz und Zulieferung“, erläutert Anschöber. „Aber natürlich gehören auch Bio-Bauern dazu.“ Weiters zeigte sich etwa, dass es in Oberösterreich zwar keinen Windanlagenbauer gibt –

aber dass beispielsweise die Voest für heuer mit der Produktion von Windradmasten einen Umsatz von rund 60 Millionen Euro erwartet. Dazu komme etwa ein Kleinbetrieb, der Rotoren erzeuge: „In Summe wird in Oberösterreich derzeit im Bereich Windkraftzulieferung ein Umsatz von rund 200 Millionen Euro erwirtschaftet.“

Ein neuer Jobmotor sei auch die E-Mobilität, „wo wir einen Cluster-Schwerpunkt schaffen wollen. Bei KTM waren beispielsweise die E-Bikes heuer im März ausverkauft – jetzt wollen sie die Produktion verdoppeln oder gar verdreifachen“, berichtet Anschöber.

Ein wichtiger Jobmotor soll das Ziel sein, bis 2030 die oberösterreichische Strom- und Wärmeproduktion zu 100 Prozent auf erneuerbare Energieträger umzustellen. Hier sei bereits gemeinsam mit Sozialpartnern, Stromversorgern und Ökobetrieben ein Paket mit 148 Maßnahmen einstimmig beschlossen worden.

Die Neuinstallation von Ölheizungen sei in Oberösterreich bereits unter einem Prozent – unter anderem weil im geförderten Wohnbau ein Ölheizungsverbot verankert wurde. Im Gegenzug dazu sei Oberösterreich bei der Pro-Kopf-Installation von Warmwasser- und Heizungssolaranlagen weltweit die Nummer drei.

Ein Turbo im grünen Jobmotor ist die Marktführerschaft bei Biomasseheizkesseln: „Von 65.000 in Österreich verkauften Kesseln kommen rund 50.000 aus Oberösterreich“, bilanziert Anschöber. „In Deutschland kommen 60 Prozent der verkauften Biomasseheizkessel aus Oberösterreich.“

Weiteres Wachstum soll hier über den Export angekurbelt werden: „Die Firma Ökofen bearbeitet etwa in den USA von Maine aus den Markt in New England“, schwärmt der Umweltlandesrat. „Die sind unser größtes Juwel.“



Landesrat Anschöber bereitet das Detailkonzept vor. Foto: Wakolbinger

DAS AKTUELLE ÖKO-BUCH

Das etwas andere Wirtschaftsmodell

Gerade müht sich eine Vielzahl von Wissenschaftlern, Politikern und Praktikern ab, den Schutt wegzuräumen, den die schärfste Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahrzehnte verursacht hat, da kommt jemand her und sagt: „Stopp“. Eine Reparatur des Systems sei nicht möglich. Eine neue Form des Wirtschaftens müsse her, bei der das Gemeinwohl- und nicht das Einzelinteresse im Mittelpunkt stehe.

Der „Stopp“-Rufer ist Christian Felber, Mitbegründer der globalisierungskritischen Organisation Attac Österreich. In seinem jüngsten Buch zeigt er auf, was uns seiner Ansicht nach in die missliche Lage gebracht hat: die Ellenbogenmentalität, der Kampf „jeder gegen jeden“. Er beschreibt auch, wie vieles besser werden könnte: durch eine neue Art des Wirtschaftens, bei der Geld zwar weiter eine Rolle spielt, aber primär zur Befriedigung von Bedürfnissen, nicht zur Akkumulation.

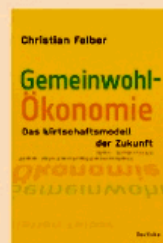
Nach gängiger Logik investiert jemand nur dann in ein Unternehmen, wenn daraus Profit entspringt. Warum sollte jemand nicht in ein Unternehmen investieren, das zwar kei-

nen finanziellen Gewinn abwirft, dafür jedoch einen hohen sozialen Mehrwert, fragt sich Felber. Die Annahme, Menschen täten nur dann Gutes, wenn sie sich selbst materiell nützten, sei ein Mythos, die Bedeutung von sozialer Anerkennung und Wertschätzung werde grob unterschätzt.

Eine rhetorische Frage platziert Felber an zentraler Stelle des Buches: „Bedeutet die Schaffung neuer, noch dazu ökologisch nachhaltiger, gesellschaftlich wertvoller und sinnvoller Arbeitsplätze nicht mehr Erfolg als die Schaffung von mehr Profit?“

Die Gemeinwohlökonomie ist in Felbers Verständnis eine Markt-, keine Planwirtschaft, durchsetzt mit starken, kooperativen Elementen. Im Schlussteil des Buches führt Felber Beispiele von Unternehmen an, die die neue Art des Wirtschaftens bereits praktizieren. Darunter findet sich die Grameen Bank, die Bedürftigen Mikrokredite gibt.

Günther Strobl



Christian Felber:
„Die Gemeinwohl-
Ökonomie“,
Deuticke 2010. 160
Seiten, 16,40 Euro

Auf der Suche nach dem verlorenen Gleichgewicht

Die Tourismusbranche hat jahrzehntelang nachgemacht, was andere Industrien vorgelebt haben: Massangebote produziert, die schnelles Geld versprochen. Nun formiert sich zaghaft Widerstand, und es gibt eine Gegenbewegung.

Günther Strobl

Wien – Marbella, Torremolinos, Benidorm – drei Orte an der spanischen Mittelmeerküste, die in den vergangenen Jahrzehnten zum Synonym für hässlichen Tourismus geworden sind. Trotz Wirtschaftskrise gehe die Landschaftszerstörung unvermindert weiter, hat die spanische Sektion von Greenpeace erst heuer im Sommermonat und gemeint: „Es gibt schon genug Bettenburgen.“

Beispiele für „lauten“ Tourismus gibt es in so gut wie jedem Land, das auf den Radar der internationalen Urlaubsindustrie kommt. Ob Badeferien in Antalya oder Skiurlaub in den Alpen: Masse geht zum überwiegenden Teil vor Klasse. Die Bettenburgen am Strand wollen gefällt werden, ebenso die Gondeln auf dem Berg.

Frauen sind Vorreiter

Dennoch bewegt sich etwas in der Gegenrichtung. „Über die Jahre ist eine zunehmende Nachfrage zu beobachten, was nachhaltigen Tourismus betrifft“, sagte Martin Schaffer von der Tourismusberatung Kohl&Partner dem STANDARD. Erhebungen aus Deutschland würden das unterstreichen. Freilich lägen die Einschätzungen des Potenzials an Urlaubern, die für nachhaltige Urlaubsformen empfänglich sind, weit auseinander; sie reichten von einer Untergrenze bei vier Prozent bis 40 Prozent.

Klar sei, dass viele Menschen, wenn sie vor die Wahl gestellt werden, ressourcenschonende Formen des Tourismus bevorzugen. Das zeigten Umfragen und Erfahrungsberichte auch außerhalb Deutschlands.

Vorreiter seien einmal mehr die Frauen. „Der typische Gast, der nachhaltige Urlaubsangebote wünscht, ist weiblich, 35 plus, ge-

hört der höheren Einkommenschicht an und ist technikaffin.“

Doch was heißt Nachhaltigkeit im Tourismus überhaupt? Die Wissenschaft geht von mehreren Dimensionen aus, die sich im optimalen Fall ergänzen:

Ökologische Dimension:

Sie steht im Vordergrund. Natur- und Lebensräume sollten dabei intakt sein und nur vorsichtig verändert werden, damit sie auch intakt bleiben.

Ökonomische Dimension:

Tourismus müsse integrierter Teil einer nachhaltigen, auf Ressourcenschonung Bedacht nehmenden vernetzten Wirtschaft sein, mit starkem Regionalbezug.

Kulturelle Dimension:

das Image einer nachhaltigen Urlaubsregion sollte geprägt sein von selbstbestimmter, kultureller Dynamik. (Disneyland ade)

Soziale Dimension:

Gute Arbeitsbedingungen und soziale Zufriedenheit der Bevölkerung als Qualitätsmerkmal.

Intergenerative Dimension:

Die gesamte Bevölkerung sollte Zugang zu allen Informationen haben und auch in alle Entscheidungsprozesse gleichberechtigt eingebunden sein.

Institutionelle Dimension:

Tourismusdestinationen dürfen bei der Vermeidung möglicher negativer Auswirkungen nicht allseits gelassen werden.

Mehr und mehr Reisebüros schreiben Nachhaltigkeit auf ihre Fahnen; es gibt auch vermehrt Destinationen, die sich auf sanften Tourismus spezialisieren wollen. Häufig scheitert es noch daran, dass sich zu wenige Hoteliers finden, die diesen Weg mitgehen.

Schaffer schätzt, dass sich in Österreich etwa vier Prozent der Hotels dem nachhaltigen Gedanken verschrieben haben. „Es ist nicht damit getan, im Badezimmer



Auch auf einem Schlauchband (Slackline) zu balancieren erfordert Momente höchster Konzentration. F.: APA/OTS

einen Hinweis anzubringen, die Gäste möchten doch bitte im Interesse der Umwelt die Handtücher nicht jeden Tag zum Waschen geben“, sagte Schaffer. „Da ist die Kostensenkung meist der Vater des Gedankens, nicht der ökologische Aspekt“.

Beim französischen Hotelkonzern Accor (u. a. Sofitel, Novotel, Mercure, Etap) gibt man zwar zu, dass die Kosten ein Argument sind, „wir machen das seit kurzem aber so, dass wir die Hälfte des eingesparten Geldes in Umweltprojekte stecken, etwa in die Auffors-

chung von Wäldern.“ sagt Peter Peer. Als Director of Operations Accor Hospitality ist Peer, der auch Präsident der Österreichischen Hoteliervereinigung ist, mit dem Ausbau des Accor-Netzwerkes in Österreich betraut. „Die Gäste honorieren diesen Weg.“

Öko-Consulting vom Null-Energie-Hotel

Michaela Reitterer

hat ihr Wiener Hotel auf höchsten Umweltstandard saniert und erweitert. Jetzt will sie ihr Know-how anderen zur Verfügung stellen – und hat bereits ein erstes Consulting-Projekt in Prag im Auge.

Das Boutique Hotel Stadthalle im Wiener Gründerzeitviertel spielt bereits alle Öko-Stückerln. Besitzerin Michaela Reitterer wälzt bereits neue Pläne.

Fotos: Boutique Hotel Stadthalle

Roman David-Freihsl

Wien – „Ich bin der einzige Hoteller, der weiß, wie es geht und das alles selbst ausprobiert hat.“ Michaela Reitterer, Besitzerin des Boutique-Hotels Stadthalle übertreibt nicht. Schließlich hat sie nicht nur mitten im Gründerzeitviertel des 15. Wiener Gemeindebezirks ein bestehendes Hotelgebäude auf Passivhausstandard saniert und auf dem Nachbargrundstück einen Passivhauszubau neu errichtet.

Erklärtes Ziel der passionierten Ökopionierin ist es überdies, ihren Betrieb auf ein Null-Energie-Level herunterzuschrauben, sprich: Das Hotel soll mindestens so viel Energie produzieren, wie es verbraucht.

„Ich geb' nicht auf“

Der Einsatz dafür ist enorm: Die Energie wird über Wärmetauscher, Betonkernaktivierung, Solar- sowie Fotovoltaikanlage gewonnen. Die Widerstände in der selbsternannten „Umweltmestadt“ sind es allerdings ebenso – die geplanten Windräder auf dem Dach sind bis heute nicht genehmigt. Reitterer: „Ich geb' nicht auf.“ Auch die Elektrotankstelle für Autos konnte noch nicht errichtet werden – immerhin gibt es Ladestationen für E-Bikes.

Ob das Ziel des Null-Energie-Hotels trotzdem erreicht werden

kann, wird sich im November zeigen, wenn die Bilanz des ersten Betriebsjahres vorliegt.

Reitterer will ihr bei diesem Projekt erarbeitetes Wissen schon jetzt anderen zur Verfügung stellen. „Wir bekommen ja ständig Anfragen und Besuche von Leuten, die wissen wollen, wie das geht. Diese Wissensvermittlung soll nun gemeinsam mit dem Consulting-Unternehmen Kohl & Partner professionalisiert werden.“

„Ökologische Beratung für die Hotellerie, die mit derart umfassenden Erfahrungen aus dem Blickwinkel des Investors, des Betreibers und des Kunden aufwarten kann, wird bisher von keinem Unternehmen angeboten“, erläutert Kohl-&-Partner-Geschäftsführer

rer Martin Schaffer im Gespräch mit dem ÖKOSTANDARD. Über ein erstes Pilotprojekt wird bereits verhandelt: Ein bestehendes Hotel in Prag könnte mithilfe des Wiener Öko-Consultings nachhaltig auf Vordermann gebracht werden. Ein Objekt mit einem mächtigen Indoor-Pool, „da geht's richtig zur Sache“, lächelt Reitterer.

„Der Gast ist gnadenlos“

Nun gelte es, „Überzeugungsarbeit zu leisten und auszumachen, wie weit wir das Projekt begleiten sollen – bis zum Umbau oder bis hin zur Kommunikation des Gastes, dem Aufbau des Frühstücksbuffets und den Reinigungsfetzen. In der Hotellerie muss das passen bis zum Schluss, sonst der-schiebst es nicht“, weiß Reitterer. „Der Gast ist gnadenlos.“

Gleichzeitig gelte es in den Nachbarländern auch ein Bild von

urbanem grünen Lifestyle zu vermitteln – „das ist im Osten noch kein Thema“, weiß Reitterer. Aber gerade im Bereich der Touristik, insbesondere der Hotellerie ortet sie gute Chancen: Denn die Zielgruppe ist in diesem Fall ja nicht die dortige heimische Bevölkerung, sondern das internationale Publikum – das mehr und mehr auch Ansprüche an ökologische Standards stellt.

Reitterer selbst ist gleichzeitig mit ihrem eigenen Projekt noch lange nicht fertig und wälzt schon wieder neue Pläne für ihr Hotel: „Die neuen Luftwärmepumpen, die jetzt kommen, sind wirklich genial“, schwärmt sie. „Ich glaub', ich kauf' mir noch a Wärmepumpe. Einfach so.“

Details zum Projekt:

www.kohl.at

www.hotelstadthalle.at



KURZ GEMELDET

Finnen planen die erste „grüne“ Autobahn

Helsinki – Zwischen der Hauptstadt Helsinki und der unweit der russischen Grenze gelegenen Stadt Vaalimaa soll in Finnland die erste „grüne Autobahn“ der Welt realisiert werden, berichtet das EU-Umweltbüro. Naturschutz, der Einsatz lokaler Ressourcen beim Bau und die Weiterentwicklung neuer Antriebsformen sind Kernpunkte des Projektes. Entlang der Strecke sind Tankstellen für Elektro- und Bionspiritautos geplant, ebenso intelligente Beleuchtungssysteme und die Energiegewinnung aus Erneuerbarem. So soll beispielsweise aus Abfällen Ethanol produziert werden, Wind- und Solaranlagen sollen den Strom für Infrastruktur und Elektroautos liefern. Fertigstellung: 2016. Die Kostenschätzung: 700 Mio. Euro. (frei)

Umweltverbände: Rückzug von Olympia-Bewerbung

München – Die Naturfreunde planen als vierter Umweltverband den Ausstieg aus Münchens Olympiabewerbung für 2018 – wenige Tage, nachdem sich auch der Deutsche Naturschutzring (DNR) aus der Fachkommission Umwelt zurückgezogen hat. Der deutsche Landesbund für Vogelschutz (LBV) hat der Olympia-Bewerbergesellschaft zu Wochenbeginn überdies ein Ultimatum gestellt: Ein Schutz der Bergwelt und Moore müsse garantiert sein, ansonsten werde man sich nicht weiter engagieren. (SID)

Chinas Firmen müssen Umweltschäden melden

Schanghai – Chinesische Firmen sollen künftig jedes Jahr ihre Umweltauswirkungen offenlegen, teilte das chinesische Ministerium für Umweltschutz diese Woche auf seiner Internetseite mit. Die Forderung richtet sich an 16 Industrien wie beispielsweise die Stahl-, Zement-, Kohle- und die Bergbauindustrie. Die Unternehmen müssen zudem künftig binnen eines Tages Umweltunfälle offenlegen. Chinas größter Goldproduzent, die Zijin Mining Group, hatte es im Juli über eine Woche lang verabsäumt, den Austritt einer toxischen Flüssigkeit aus einer Mine zu melden. (AFP)

Neues Greenpeace-Schiff sticht virtuell in See

Amsterdam – Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat ein neues Schiff vom Stapel gelassen. Auf der SV Energy [R]evolution kann nun jeder Crew-Mitglied werden. Den Seesack muss man dafür allerdings nicht eigens packen – die Energy [R]evolution ist ein rein virtueller Kahn. Ziel sind weltweit Orte, die am stärksten von fossilen Treibstoffen beeinträchtigt sind. Es sind On- und Offline-Aktivitäten geplant, Höhepunkt soll der 10. 10. 2010 als globaler Aktionstag sein. Anheuern kann man im Internet. (frei)

➔ www.greenpeace.org

ÖGUT schreibt den 25. Umweltpreis aus

Wien – Die Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) hat ihren heurigen, 25. Umweltpreis in folgenden Kategorien ausgeschrieben: Monika Polster – Sonderpreis für betrieblichen Umweltschutz, nachhaltige Kommune, Frauen in der Umwelttechnik, Pioniere der Smart Production sowie Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement. Einsendeschluss: 8. Oktober. (frei)

➔ www.oegut.at

Dem deutschen Solar-Boom droht das Ende

Kürzung der Förderung und Konkurrenz aus Asien machen der Branche zu schaffen

Birgit Baumann aus Berlin

Die Diebe kamen nachts, das begehrte Gut war rasch abgebaut und manchmal schon im Ausland, bevor die Eigentümer etwas bemerkten. Doch nun gelang der Polizei in Baden-Württemberg ein Schlag gegen eine ganze Bande von Solardieben. Diese hatte in den vergangenen Monaten Solaranlagen im Wert von 200.000 Euro gestohlen. Und sie waren nicht die

Einzigen. In ganz Deutschland ist der Diebstahl von Solaranlagen in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen.

Denn die Branche in Deutschland boomt wie sonst nirgendwo in Europa, viele Hersteller kommen derzeit mit dem Produzieren kaum nach. Obwohl Deutschland bei weitem nicht zu den sonnigsten Ländern Europas zählt, hat sich der Markt für Solarenergie im Jahr 2009 auf knapp vier Millionen Kilowatt verdoppelt. Das entspricht der Leistung dreier großer Kohlekraftwerke. Eingeleitet hat den Boom im Jahr 2000 die damalige rot-grüne Bundesregierung, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ins Leben rief.

Weniger Subventionen

2010 dürfte noch einmal ein sehr gutes Jahr für die Solarbranche werden. Dafür sorgen zunächst ausgerechnet Kürzungen. Mit 1. Juli sind die von der schwarz-gelben Regierung geplanten Subventionsstreichungen in Kraft getreten, im Oktober stehen die nächsten an. Das motiviert, zuvor noch zuzuschlagen.

So wird die Förderung aller neu angeschafften Solaranlagen, die auf Dächern montiert sind (das sind 80 Prozent aller Anlagen in Deutschland) ab Oktober um 16 Prozent gekürzt, die Förderung von Ackerflächen ist bereits weg-

gefallen, um eine Konkurrenz zum Lebensmittelanbau zu verhindern. Für Solarparks gibt es ab Oktober 15 Prozent weniger Unterstützung. Zunächst sollten die Subventionen überhaupt auf einen Schlag zusammengestrichen werden, dagegen hatte sich die deutsche Solarwirtschaft energisch zur Wehr gesetzt. Insgesamt jedoch wird die Solarstromförderung bis zum Jahr 2012 um 50 Prozentpunkte sinken. Bereits im August verzeichneten Hersteller spürbare Rückgänge an Aufträgen.

„Das Jahr 2011 wird für die deutsche Solarbranche schwierig“, prognostiziert Götz Fischbeck, Solarexperte der BHF-Bank. Die Kappung der Förderung werde zu drastischen Rückgängen bei der Nachfrage führen.

Scharfe Kritik kommt von den Grünen. Deren energiepolitischer Sprecher, Hans-Josef Fell, erklärt: „Die einzigen Nutznießer der deutschen Energiepolitik sind die Atomwirtschaft und die Solarkonkurrenz aus China.“ Verbraucherschützer hingegen finden die Subventionskürzung angemessen. Denn die Kosten werden beim Strompreis auf alle Stromkunden umgelegt – durch die Vergütung bei der Einspeisung.

Apropos China: Zu schaffen macht den deutschen Herstellern auch die Konkurrenz in Asien.



Ein Werk für Solarreceiver im bayerischen Mitterteich. Foto: AP

„Made in Germany“ ist heute oft kein Vorteil mehr. Branchenkenner sind der Ansicht, dass die Chinesen in puncto Know-how mittlerweile gleichgezogen haben. Dazu kommt, dass sie zu deutlich niedrigeren Preisen produzieren können: Nicht nur die Arbeitskosten, auch Umwelt- und Sicherheitsauflagen sind niedriger als in Deutschland, zudem gibt es günstige Staatskredite.

Globales Engagement

Deutschlands erfolgsverwöhnte Solarriesen lassen ihre besten Jahre hinter sich, sagt eine im Juni veröffentlichte Marktanalyse der Unternehmensberatung Oliver Wyman, die für die deutschen Unternehmen zwei Herausforderungen sieht: Sie müssen ihre Kosten senken und sich außerdem global engagieren. Die Studie besagt, dass die Märkte in den USA sowie in China und Japan wachsen.



Saubere Wäsche: Alles bio oder was?

Ökomode hat ihr biederes Image abgeschüttelt. Seit Designer die Fäden ziehen und große Handelsketten aufspringen, boomt das Geschäft. Doch einheitliche Gütezeichen fehlen, Bio ist ein verwaschener Begriff.

Verena Kainrath

Wien – Zwei Drittel der Österreicher ist es nicht egal, was in ihren Klamotten steckt. Sie können Textilien, die fair und ökologisch hergestellt wurden, einiges abgewinnen. Die Hälfte unter ihnen zeigt sich auch bereit, dafür mehr Geld auszugeben, vorausgesetzt, es sind nicht mehr als zehn Prozent. Jeder achte fühlt sich über die Ökomode allerdings schlecht informiert.

Das besagt eine neue Studie des Meinungsforschers OGM im Auftrag von Johannes Heimpl, der heuer im Oktober zum dritten Mal die Ökomesse Wearfair auf die Beine stellt. Mit weniger als 20 Ausstellern habe er in Linz begonnen, erzählt er, mittlerweile seien es rund 50, die an die hundert Marken bieten, ein Fünftel der Palette der einschlägigen Labels in Europa. „Da ist quer durch alle Alters- und Bildungsschichten viel Bewegung im Markt.“ Das gelte für Österreich wie für Deutschland, die Krise habe den Schwung nicht gebremst.

Was bei den Lebensmitteln und in der Kosmetik aus den Handelsregalen nicht mehr wegzudenken ist, macht auch in der Mode Schule. Dass ein T-Shirt für weniger als fünf Euro nicht unter sauberen Bedingungen erzeugt werden kann, sagt zwar schon der gesunde Menschenverstand. Für viele kleidsamer wurde die Ökomode aber erst, nachdem sie ihre Birkenstock-Optik abstreifte und Designer damit begannen, ihre Fäden zu ziehen: Mit ihnen schaffte sie den Sprung in Textilketten und Diskonter.

C&A verkaufte im Vorjahr rund 18 Millionen Teile aus Biobaumwolle. Heuer sollen es 23 Millionen sein. H&M ließ zuletzt 8500 Tonnen Biowolle verarbeiten. Die Versandhäuser sprangen auf den grünen Zug auf. Auch Tchibo und Hofer mischen immer wieder mit.

Viele verlieren den Biofaden

Doch die Sache ist weitaus komplexer als bei Lebensmitteln und manch Boom ein zweischneidiges Schwert. Viele Konzerne stricken sich ihre Siegel nämlich selbst, es gibt deren hunderte und darunter eine erkleckliche Zahl an bunten Feigenblättern. Um ihre Textilien als Bio zu verkaufen, reichen nämlich schon geringe Anteile an Biobaumwolle. Einheitliche Gütezeichen wie beim Essen fehlen.

Baumwolle ist die am stärksten von Chemikalien abhängige Kulturpflanze. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass jährlich rund 20.000 Menschen, vor allem Farmarbeiter, an durch sie ausgelöster Pestizidvergiftung sterben. Ein daraus gefertigtes Shirt ist mit rund 150 Gramm Pestiziden belastet und reist, bis es im Verkauf landet, durch ein Dutzend Länder.

Der Einsatz biologischer Rohstoffe wäscht Textilien aber noch nicht rein. Viele Biozeichen klammern die sozialen Produktionsbedingungen aus. Zu verworren sind die Zuliefernetze, zu schwer lassen sich Sozialstandards kontrollieren. „Die wenigsten tun es sich an, die gesamte Produktionskette transparent zu machen“, sagt Lisa Muhr. Sosehr sie es begrüße, dass Ökomode massentauglich werde – vieles bleibe Augenwischerei.

Die Architektin hat mit drei Kollegen aus Kunst und Mode 2005 das Label „Göttin des Glücks“ gegründet. Der internationale Standard „Gots“ garantiert ihnen strenge ökologische Richtlinien bei der Verarbeitung der Biofasern, sozia-

le Verträglichkeit sichert das Fairtrade-Siegel. Die Kollektionen der vier werden auf Mauritius genäht und in Wellläden, Boutiquen und drei eigenen Geschäften verkauft. Von Wien aus versuchen sie nach Deutschland und der Schweiz nun den Sprung nach Frankreich.

Die Krise habe ihnen kaum geschadet, meint Muhr. „Das mit der Ökomode ist wie ein Virus, fängt man einmal an, darüber nachzudenken, kann man nicht mehr zurück.“ Sie habe es früher geliebt, sich durch die Textilketten großer Einkaufsstrassen zu shoppen. „Ich kann's jetzt einfach nicht mehr.“

Es ist eine bunte Gemeinde junger Händler, die das Geschäft mit grüner Mode anzieht. Einer der ältesten Hasen der Branche ist Hess Natur. An die 70 Millionen Euro setzt

der deutsche Familienbetrieb damit um. Neben dem Versand starten erste eigene Läden, eine Filiale sei mittelfristig auch in Wien geplant, sagt Prokurist Ingo Bittner. Herausforderung des Pioniers ist es, das verstaubte Image abzuschütteln. Man habe international bekannte Designer geholt, „heute pflegen wir sogar regen Kontakt zur *Vogue*. Vor Jahren hätten die mit uns nicht einmal telefoniert.“

Neben der Mode spriebt der grüne Gedanke auch bei Wohntextilien. „Viele wissen gar nicht, dass es hier Fairtrade gibt“, sagt Peter Hildebrand, dessen Unternehmen Betten Reiter entsprechend zertifiziert ist. Auch wenn der Ökoanteil gering sei, der Handel müsse Kunden die Wahlmöglichkeit bieten – nach Heustadel-Optik dürfe es freilich nicht aussehen, ergänzt Kika-Leiner-Chef Paul Koch.

Letzlich sei generelles Umdenken nötig, meint Michaela Kniel von der Umwelberatung: „Es geht um längerlebige Trends, wir müssen raus aus der Wegwerfkultur.“

Echte Bio- und Fairtrade-Textilien sind selten – andere springen auf den Zug auf.
Foto: Cremer



O'zapft is!
Die Sonne liefert Strom

Österreichs größtes Sonnenkraftwerk
Eberstalzell, direkt an der A1

Mit der Errichtung von Österreichs größtem Sonnenkraftwerk unterstreicht die Energie AG einmal mehr ihre Vorreiterrolle bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Das Sonnenkraftwerk Eberstalzell wird jährlich 1.000 Megawattstunden Strom erzeugen und einen wichtigen Beitrag zur sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung unseres Landes leisten. Mehr über dieses zukunftsweisende Projekt erfahren Sie unter www.energieag.at

ENERGIE AG
Oberösterreich

Reparatur von Elektrogeräten oft besser als Neukauf

Die Haushaltsgeräteindustrie hat den Geist der Zeit erfasst und propagiert den Wechsel zu energieeffizienten Geräten. Ein bewussterer Umgang würde die Umwelt aber, wie Studien zeigen, oft mehr schonen als ein Neukauf.

Günther Strobl

Wien – Was waren das doch für robuste, schier unverwüsthche Geräte. In der Aufbauphase der 1950er- und 1960er-Jahre flutete die Industrie den Markt mit Autos, die aus echtem Stahl und Blech bestanden und deren Herz unter der Motorhaube sich in wenigen Handgriffen reparieren ließ. Auch Waschmaschinen, Kühlschränke und Fernseher waren meist für eine ganze Generation angelegt.

Wie anders sieht die Konsumgüterwelt von heute aus: Was zählt, ist das schnelle Geld, der rasche Umschlag der Ware. Eine Tiefkühltruhe, die nicht nach ein paar Jahren den Geist aufgibt, hat anscheinend nichts verloren in der heutigen Zeit.

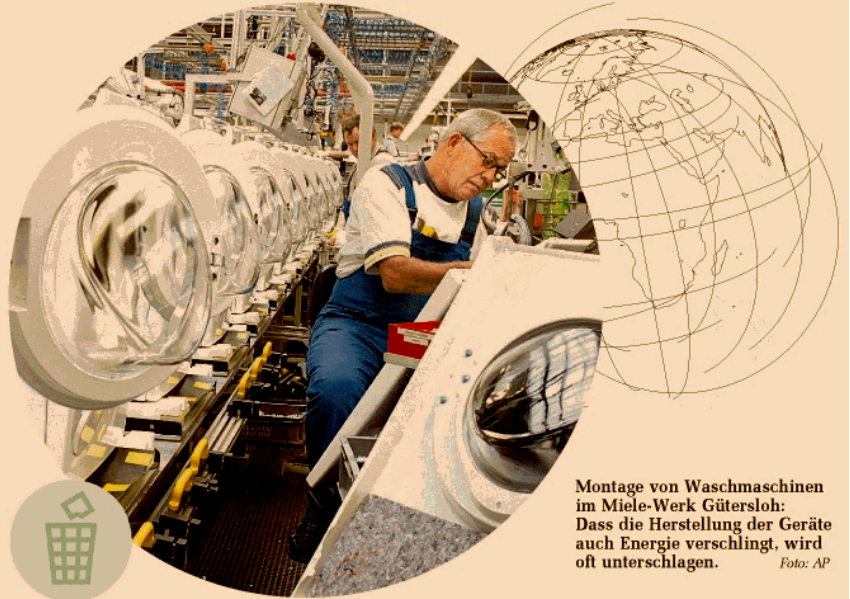
Schmäh mit Effizienz

Der jüngste Schmäh sei jener mit der Energieeffizienz, sagt Sepp Eisenriegler, Geschäftsführer des Wiener Reparatur- und Service-Zentrums (R.U.S.Z.) dem STANDARD. „Die Industrie trommelt, die Haushalte sollten ihre älteren Elektrogeräte gegen neue, energieeffizientere tauschen. Aus Sicht der Industrie ist das verständlich, die wollen verkaufen. Nur stimmt es eben nicht immer, dass ein Neukauf automatisch die Umwelt ent-

lastet.“ Meistens werde unterschlagen, dass auch die Entsorgung von Altgeräten sowie die Herstellung neuer Geräte samt zugehöriger Logistik Energie benötigen. „Wenn man nur auf den kumulierten Energieverbrauch eines Gerätes im Lebenszyklus schaut, ist das zu kurz gegriffen“, sagt Eisenriegler. Eine in der Schweiz gemachte Studie zeigt, dass da etwas dran ist.

Roland Steiner vom Schweizer ESU-Service-Beratungsbüro für Wirtschaft und Behörden hat für das Schweizer Bundesamt für Energie und die Schweizerische Agentur für Energieeffizienz eine neue Kühl-Gefrier-Kombination (A+) sowie eine neue Waschmaschine (AAB) analysiert, und zwar nicht nur anhand der Energiebilanz, indem der kumulierte Energieaufwand berücksichtigt wurde, den das Gerät im Verlauf des Produktzyklus hat. Auch umfassendere Indikatoren wie ökologische Knappheit sowie andere Details wurden angeschaut.

Das Ergebnis ist eindeutig: Werden die umfassenderen Umweltanalysen herangezogen, ist die Nutzungsdauerverlängerung inklusive Reparatur jene Variante, die ökologisch vorzuziehen ist. So wird die Steigerung der Energieeffizienz wesentlich stärker vom Nutzerverhalten beeinflusst als



Montage von Waschmaschinen im Miele-Werk Gütersloh: Dass die Herstellung der Geräte auch Energie verschlingt, wird oft unterschlagen. Foto: AP

vom vorzeitigen Neukauf. Allein durch Senkung der Waschtemperatur könnte bis zu 38 Prozent Strom eingespart werden. Waschmaschinen und Geschirrspüler waren nach Angaben eines Interessenvertreters der deutschen Elektroindustrie bereits 2006 bezüglich Energieeffizienz nahe am technischen Limit. Neuere Geräte bringen also kaum etwas.

Der Europäische Dachverband der Haushaltsgerätehersteller hat beim Öko-Institut Freiburg seinerseits eine Studie beauftragt. Fazit: Legt man den kumulierten Energieaufwand zugrunde, dann ist der Austausch von Waschmaschinen nach zehn Jahren gerechtfertigt. Zieht man das globale Erwärmungspotenzial heran, ist der Tausch erst nach 15 Jahren zu

empfehlen. Berücksichtigt man die gesamten Umweltauswirkungen, dann erst nach 20 Jahren.

Für Eisenriegler ist klar: „Wenn Waschmaschinen nach zehn Jahren ausgetauscht werden, sorgt man für eine größere Umweltbelastung, als wenn man das alte Gerät behalten würde.“ Die Haushaltsgeräteindustrie propagiert unterdessen weiter den raschen Tausch.